

Spielhallenabbau in Berlin Interview mit Sebastian Czaja

»Konjunkturpaket für Unterwelt«

In Berlin werden legale staatlich konzessionierte Spielhallen der Reihe nach geschlossen. Der Senat findet das richtig. In **games & business** erklärt Sebastian Czaja, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, warum er das für falsch hält.



Sebastian Czaja (38) ist Vorsitzender der FDP-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus sowie stellv. Vorsitzender der FDP Berlin.

»Wer die Spielsucht bekämpfen will, der darf nicht die ordentlichen Spielhallen schließen, der muss die illegalen dicht machen. Genau das geschieht in Berlin aber einfach nicht.«

Der SPD-Abgeordnete Daniel Buchholz feiert den dramatischen Rückgang legaler Spielhallen in Berlin als „großen Erfolg im Kampf gegen die Spielsucht“. Wie lautet Ihr Fazit, Herr Czaja?

Durch die immer weitere Reduzierung der terrestrischen Spielhallen gibt es die Abwanderung ins Internet, dort vor allem zu illegalen Angeboten. Hier besteht noch weniger „soziale Kontrolle“ als in einer örtlichen Spielhalle, der Spielerschutz bleibt auf der Strecke. Deshalb kann das Fazit nur lauten: Der Senat hat ein Konjunkturpaket für die Unterwelt aufgelegt.

Ende August gab es in Berlin noch 128 legale Spielhallen. Die Zahl sogenannter Café-Casinos, also illegaler Spielhallen, ist laut Senatsverwaltung für Wirtschaft unbekannt, wird aber auf 2.500 geschätzt. Was bedeutet das für den Spielerschutz?

Wenn etablierte Spielhallen zurückgedrängt werden, dann floriert das Geschäft in der Illegalität und der Spielerschutz ist nicht mehr existent. Deshalb müssen wir die Akteure im Markt stärken, die sich aktiv für eine Lösung einsetzen. Zur Gewährleistung des Spielerschutzes ist die bundesweit einheitliche, spielformübergreifende Sperrdatei eine Möglichkeit, es müssen alle Glücksspielbetreiber angeschlossen werden. Natürlich gibt es hierbei datenschutzrechtliche Bedenken, aber diese können verhältnismäßig sein, um die Spielsucht einzudämmen. Als FDP fordern wir die effiziente Kontrolle, Steuerung und Durchsetzung der neuen Glücksspielregulierung. Deshalb ist die

neugeschaffene Behörde der Länder mit Sitz in Halle der richtige Weg, um die Regulierungen im Glücksspiel durchzusetzen. Darüber hinaus kann auch so die illegalen Bestrebungen im Glücksspiel zurückgedrängt werden.

2013 hat die Berliner Polizei 6 illegale Geldspielgeräte sichergestellt. Vom 1. Januar bis zum 1. Oktober dieses Jahres bereits 296. Was lesen Sie aus dieser Entwicklung?

Es zeigt sich das Paradoxon: staatlich konzessionierte Spielhallen sind strengen Kontrollen verpflichtet. In den „Café-Casinos“, die hierbei im Fokus stehen, gibt es diese natürlich nicht. Darüber hinaus gibt es keine Kontrolle der Geldwäsche. Wer die Spielsucht bekämpfen will, der darf nicht die ordentlichen Spielhallen schließen, der muss die illegalen dicht machen. Genau das geschieht in Berlin aber einfach nicht.

Wie sehen Sie die Zukunft des legalen Spiels in der Hauptstadt und damit die Perspektiven für zahlreiche mittelständische Unternehmen?

Berlin ist meilenweit davon entfernt, den Glücksspielmarkt rechtssicher im Sinne eines guten Verbraucherschutzes zu regulieren – im Gegensatz zu anderen Bundesländern. Das sehen wir zum Beispiel beim stationären Sportwettensmarkt in Berlin. Obwohl die Grundlagen für die Genehmigung des stationären Sportwettengeschäfts mit der Sportwett-Lizenzerteilung im Herbst letzten Jahres längst geschaffen wurden, hat das zuständige Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO) noch keine Genehmigungen für Wettshops in Berlin erteilt. In NRW, Bayern, Baden-Württemberg oder Rheinland-Pfalz herrscht längst Rechtssicherheit, da hier lizenzierte Anbieter Genehmigungen erhalten haben und die Behörden effektiv und rechtssicher gegen die schwarzen Schafe vorgehen können. Berlin hinkt da hinterher. Die Leidtragenden sind die Shopbetreiber, denen die Stadt rechtliche Ungewissheiten zumutet, obwohl sie einem bundesweit legalen Geschäft nachgehen.

Was fordern Sie?

Berlin muss aufhören, ideologiegetrieben zu agieren und stattdessen die >>

Hart, aber falsch

In Berlin wurden in den vergangenen Jahren auf Betreiben der rot-grünen Stadtregierung etliche legale Spielhallen dicht gemacht. Dem Kampf gegen die Spielsucht wurde damit ein Bärendienst erwiesen. Das illegale Spiel blüht größer und stärker als je zuvor, wie Zahlen der Berliner Polizei beweisen und die Berliner Senatsverwaltung gibt offen zu, gar nicht zu wissen, wie viele illegale Café-Casinos es mittlerweile in der Stadt gibt.

„Im Jahr 2010 wurden in Berlin circa 523 Bestandsspielhallen betrieben“, teilt Matthias Wulff, stellvertretender Pressesprecher der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe, auf Anfrage von **games & business** mit. Zum 31. August 2021 seien es noch 128 gewesen. Damit ist die Anzahl der legalen Spielhallen in der Hauptstadt in den vergangenen 11 Jahren um über 75 Prozent zurückgegangen. Gleichzeitig stieg die Anzahl von der Polizei sichergestellter illegal betriebener Geldspielgeräte stark an, wie Fiona Konrad von der Polizei Berlin gegenüber **games & business** berichtet. Beschlagnahmten Berliner Beamte 2013 noch ganze sechs illegale Geldspielgeräte, waren es 2021 allein bis zum 1. Oktober 2021 schon 296. Außerdem berichtet Konrad, „dass seit Beginn der Corona-Schutzmaßnahmen, Anfang 2020, aus denen



ebenso die Schließung von Spielstätten resultierte, eine hohe Anzahl von illegalen Spielorten festgestellt worden ist. Dementsprechend viele Spielautomaten wurden sichergestellt.“ Heißt: Gibt es keine legalen Angebote, weichen die Menschen nachweislich auf illegale Spielangebote aus. Eine Katastrophe für den Jugend- und Spielerschutz. Auf die Frage von **games & business**, wie viele illegale Café-Casinos es derzeit in Berlin gibt, schreibt Wulff nur: „Der Senat unterscheidet begrifflich zwischen echten (legalen) Gastronomiebetrieben (Gaststätten) und Scheingaststätten mit Geldspielgeräten (sog. Café-Casinos), bei denen es sich um illegale Spielhallen handelt. Die Zahl der ohne Erlaubnis illegal betriebenen Spielhallen ist der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe nicht bekannt.“ | sh |

»Jugend- und Spielerschutz mit Füßen getreten«



»Wer den Rückgang staatlich konzessionierter Spielhallen als Erfolg feiert, hat nicht verstanden, dass das legale Angebot gebraucht wird, um dem ausufernden Schwarzmarkt Herr zu werden und den Spieltrieb der Menschen in legale Bahnen zu lenken.

Seit Jahren beobachten wir mit Sorge, dass das illegale Spiel in Berlin massiv wächst – gerade, weil hier das legale Angebot stark zurückgedrängt wurde und bewusst unattraktiv gemacht wurde. Während Betreiber einer legalen Spielhalle in Berlin ihren Kunden nicht mal ein Glas Wasser anbieten dürfen, schenken illegale Anbieter auf der anderen Straßenseite sogar Alkohol aus. Dass die Schließungen dennoch weitergehen,

Georg Stecker, Vorstandssprecher des Dachverbands Die Deutsche Automatenwirtschaft

zeigt, dass man aus den Fehlern nicht gelernt hat. Berlin ist und bleibt ein Schreckbeispiel der Spielhallenregulierung: hier wird der Jugend- und Spielerschutz mit Füßen getreten.«

>> Realität zur Kenntnis nehmen: Berlin sollte den legalen Anbietern ermöglichen, ihrem Geschäft nachzugehen. Nur so kann der einzelne Spieler in den Genuss eines hohen Spielerschutzniveaus kommen. Auf der anderen Seite muss Berlin konsequent gegen die illegalen Anbieter vorgehen. Beides tut dieser Senat nicht. Darüber hinaus bleiben wir bei unserer grundsätzlichen Kritik an der geplanten anlasslosen Vorratsdatensammlung zur Überwachung aller

Online-Glücksspieler. Unsere Fraktion in Berlin hat bereits während der Diskussion um den neuen Glücksspielstaatsvertrag im Oktober 2020 den Finger in die Wunde gelegt und die geplanten Verstöße gegen das geltenden Datenschutzrecht kritisiert. Wie auch jüngst der sächsische Datenschutzbeauftragte in Ihrer Zeitung per Interview betont hat, ist die geplante Limit- und Aktivitätsdatei unverhältnismäßig. Das im Aufbau befindliche Länderübergreifen-

de Glücksspielauswertesystem (LUGAS) sorgt für eine staatliche Sammlung hochsensibler Daten – ohne ein Mindestmaß an Datenschutz und IT-Sicherheit oder einen nennenswerten Beitrag zu mehr Spielerschutz.



Ideologie ist immer ein schlechter Ratgeber für die Politik. Das zeigt sich gerade in Berlin besonders dramatisch, findet **Steffen Hanak**.